

„Den Maschinen die Arbeit... uns das Vergnügen!“ Beiträge zum Existenzgeld

„Innerhalb des dauerkriselnden kapitalistischen Wirtschaftssystems entwickelt sich das bedingungslose Grundeinkommen immer stärker zu einer sozialpolitischen Alternative. In den weltweiten sozialen Bewegungen gewinnt die Durchsetzung eines guten Lebens für alle ohne den Zwang zur Lohnarbeit beständig an Attraktivität. Mit den „Beiträgen zum Existenzgeld“ wollen wir Wirkungen des Existenzgeldes deutlich werden lassen, den Lohnarbeitsgedanken in Frage stellen, einige Grundeinkommensansätze als Katalysatoren von Arbeitszwang und Ausgrenzung entlarven und die Themen Menschenrechte und Migration aufgreifen. Es soll die Idee des Existenzgeldes als Mittel zur Entfaltung besserer Lebensverhältnisse im Rahmen grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen gestärkt werden. „ So der Klappentext des bei AG Spak gerade erschienen Buches, herausgegeben von Anne Alex und Harald Rein (ISBN 978-3-940865-26-7, 2011, 191 Seiten, 16 €). Siehe hierzu:



Inhaltsverzeichnis und Bestellmöglichkeit beim Verlag AG Spak Bücher

http://shop.strato.de/epages/15458842.sf/de_DE/?ObjectPath=/Shops/15458842/Products/%22M%20251%22

Hieraus exklusiv im LabourNet Germany (<http://www.labournet.de>):

Karl Reitter

Arbeit und Grundeinkommen

Einige neue Ideen zur Begründung

Die Idee des bedingungslosen, garantierten Grundeinkommens, von manchen auch als Existenzgeld bezeichnet, wird nach und nach von immer mehr Menschen, Organisationen und Initiativen vertreten. Nur ein Beispiel von vielen: Auch ATTAC Österreich beschloss nach langen und kontroversen Debatten im April 2010, ab sofort die Forderung nach dem Grundeinkommen ins Programm aufzunehmen.¹ Trotz der steigenden Akzeptanz dieser Forderung scheint es, als ob eine wesentliche Bedeutung des Grundeinkommens nach wie vor nicht erkannt wird.

Dieses Verkennen zeigt sich am sich hartnäckig haltenden Gerücht, beim Grundeinkommen würde es in erster Line um Armutsvermeidung gehen. Es zeigt sich auch an den Inhalten linker Kritik, die Holger Schatz in einem sehr informierten und bedächtig geschriebenen Artikel geduldig dargestellt und widerlegt hat.² Schatz verweist auf drei Standards dieser Kritik: Dem Konzept des Grundeinkommens wird vorgeworfen, erstens den Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen zu schwächen, zweitens dem neoliberalen Abbau des Sozialstaates in die Hände zu spielen und drittens den Frauen erneut den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erschweren. Ich will es nun bei ein paar Bemerkungen der Gegenkritik belassen. Die etwas martialisch als Kämpfe bezeichneten Auseinandersetzungen um Lohn und Arbeitsbedingungen finden spätestens seit Ende der 70er Jahre in Europa unter den Bedingungen postfordistischer Arbeitsstrukturen statt. Das bedeutet inhomogene Belegschaften mit unterschiedlichstem Rechtsstatus (Stammbelegschaft, Leiharbeiter, Fremdfirmen, PraktikantInnen usw.). Durch die Zersetzung einst homogener Belegschaften hat sich das Kapital wesentliche Vorteile in den Auseinandersetzungen geschaffen, die hartnäckige Sockelarbeitslosigkeit tut ihr Übriges. Weiters ist die These, der Abbau des Sozialstaates würde durch kleine Zugeständnisse erkaufte und das Grundeinkommen wäre somit eine probate Stillhalteprämie, ein Hirngespinnst. Ein Blick auf den Umbau des *Welfare*-Staates zum *Workfare*-Staat genügt, um zu erkennen, dass die Durchsetzung der repressiven Administration der Erwerbsarbeitslosen nicht mittels Zuckerbrot, sondern mittels Peitsche erfolgt. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Massen werden zunehmend repressiver auf der unmittelbaren gesamtgesellschaftlichen, politischen Ebene entschieden. Erinnern wir uns an die kürzlich stattgefundenen Massenproteste gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters in Frankreich. Die

französische Regierung zögerte nicht, gegen streikende Arbeiter in den Ölraffinerien Militär einzusetzen, um die Kollegen mit gezogener Waffe zur Arbeit zu zwingen. Ähnliche Szenen gab es in Griechenland; auch hier wurden streikende Lastwagenfahrer von der bewaffneten Staatsmacht zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gezwungen. Der Abbau sozialer Systeme, die Verschlechterung der Lebensbedingungen (von der Anhebung des Rentenalters bis hin zu Erhöhungen von Studiengebühren) werden trotz massiver Proteste mit Staatsgewalt und Demagogie durchgezogen. Die Notwendigkeit, massive Sparprogramme zu implementieren, hat in der Vergangenheit bereits zu massiven Konflikten geführt. Trotz teilweise heftigstem Widerstand wurden und werden diese Programme ohne relevante Zugeständnisse durchgesetzt. Angesichts des aktuellen Szenarios den herrschenden Mächten zu unterstellen, es würde ein halbiertes Grundeinkommen als trojanisches Pferd bevorzugen, ist eine irrealer Schreibtischkonstruktion, die jeden Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse scheuen muss.

Dass die herrschenden Klassen nach Methoden suchen, Frauen den Zutritt zur Erwerbsarbeit zu verwehren, ist ebenso ein Mythos. Aktuell ist das Gegenteil der Fall. So wurde als ein „Kernziel der EU 2020“ „eine Erwerbsquote von 77 bis 78 % bei den 20- bis 64-jährigen“³ bestimmt.⁴ Damit wird im EU-Durchschnitt eine Erhöhung um etwa sieben bis acht Prozent⁵ angestrebt. Dass zwischen den Ankündigungen und der Realisation von programmatischen Zielen der Europäischen Union wohl zu unterscheiden ist, ist außer Streit zu stellen. Trotzdem haben wir allen Grund, diese Ankündigungen als das zu akzeptieren, was sie sind: entschlossene Absichtserklärungen. Den herrschenden Mächten ist es mit der weiteren Integration von Männern und Frauen in die Erwerbsarbeit bitterernst – egal zu welchen Bedingungen und unter welchen Umständen. Diese Entschlossenheit korrespondiert mit dem Ende der Einverdienerfamilie. Die Verbannung der Frau an den Herd in den 70er Jahren setzte ein entsprechend hohes Einkommen des Mannes voraus. Auch diese Konstellation ist Geschichte.

Dieser Wille zur Einfügung möglichst der gesamten Bevölkerung ein Leben lang in den Arbeitsprozess ist aus einer marxistischen Sichtweise nicht verwunderlich. Da der Profit und seine Derivate (Zins, Grundrente, Aktiengewinne) auf der Aneignung der Mehrarbeit beruhen, also letztlich auf eine objektive Zeitgröße zurückzuführen sind, ist die Masse des Profits um so größer, je mehr Menschen immer länger im Arbeitsprozess verweilen, konstante Löhne vorausgesetzt. Ob aktuell diese Menschen auch profitabel vom Kapital eingesetzt werden können, steht auf einem anderen Blatt. Das Kernziel der EU kann also auch als Versuch verstanden werden, nach Möglichkeit viele Personen in die Lohnarbeit zu führen oder zumindest in permanenter Bereitschaft zu halten, diese gegebenenfalls zu allen Bedingungen anzunehmen. Im offiziellen Kalkül wird keine Personengruppe ausgespart, auch und schon gar nicht die Frauen.

Zur eigentlichen Bedeutung des Grundeinkommens

Die Bedeutung droht jedoch hinter tausend und einem Problem zu verschwinden. Mit den oben genannten drei Kritikpunkten sind keineswegs alle erwähnt. In der rauen Realität des Alltags sind BefürworterInnen des Grundeinkommens (Existenzgeldes) primär mit Argumenten konfrontiert, die strikte Unvereinbarkeit zwischen Grundeinkommen und geltenden gesellschaftlichen Verhältnissen behaupten. Die Frage „Wer wird dann noch arbeiten gehen“ wird uns ebenso entgegengeschleudert wie die Unterstellung, die BezieherInnen des Grundeinkommens würden durch die Tätigkeit des offiziellen Erwerbssektors alimentiert. Und wenn wir diese Einwände geduldig entkräftet haben, etwa indem wir auf die Tatsache verweisen, dass die Mehrzahl der Arbeitsstunden außerhalb des Erwerbssektors geleistet werden, wie alle diesbezüglichen Studien zeigen,⁶ wird ein zunehmender Migrationsdruck prognostiziert, wobei MigrantInnen pauschal als von unserem Sozialsystem angezogen denunziert werden. Um mich nicht misszuverstehen: In einer öffentlichen, alltäglichen Debatte müssen und können wir uns diesen Einwänden geduldig stellen. So notwendig es ist, diese Einwände zu entkräften, so sehr bleiben wir in einem additiven Argumentationsstil gefangen. Wir reißen Thema an Thema, Argument an Argument, und jede Thematik erfordert eine eigenständige Dimension der Debatte. Wenn wir nochmals zu den linken Einwänden schwenken und uns mit der vorgeblichen allzu geringen Radikalität der Forderung auseinandersetzen, etwa mit dem Argument, das Grundeinkommen würde am Geldfetisch kleben, so zerfällt uns die Debatte pro und contra endgültig in unterschiedlichste Felder. Ganz verwunderlich ist dieser additive Pluralismus, wie ich es nennen möchte, nicht. In der Stellung zum Grundeinkommen spiegeln sich alle Auffassungen über die Mechanismen der Gesellschaft, die Gesetze der Ökonomie und die Charakterzüge der menschlichen Natur der jeweiligen Person. Überdeutlich tritt diese Verknüpfung mit den Erwartungshaltungen zutage, die mit der möglichen Einführung des Grundeinkommens verknüpft sind. Leider ist so manchen TeilnehmerInnen in der Diskussion nicht klar, dass sich in den prognostizierten Folgen der Einführung erst mal nur die eigenen Auffassungen spiegeln, somit auch diese mit zu reflektieren wären. Die Verknüpfung von Erwartungshaltung von möglicher Realisierung und sozialen sowie politischen Folgen ist nun keineswegs ein Mangel, sondern selbst notwendige Konsequenz der eigenen Positionen. Zum Problem wird diese Verbindung nur dann, wenn in geradezu ergreifender Naivität die eigenen Ansichten bezüglich ökonomischer, sozialer und psychologischer Mechanismen unreflektiert als geltend vorausgesetzt werden.

Worin besteht nun die eigentliche Bedeutung des Grundeinkommens? Vorweg: Was nicht gedacht werden kann, kann auch nicht erkannt werden. Wer nicht in der Lage ist, eine Alternative zu den herrschenden Formen der Arbeit, also zur Lohnarbeit, zu Geld und Kapital, zu Eigentum an Grund und Boden, wer also nicht in der Lage oder willens ist, eine Alternative zu diesen geltenden, historisch spezifischen Formen der Arbeit und ihrer Bedingungen zu denken, wird auch nicht erkennen, dass das Grundeinkommen ein wesentlicher Hebel sein kann, diese Formen zu überwinden. Anders gesagt, im Grundeinkommen

schlummert der Vorschein auf eine nachkapitalistische Gesellschaft. Es ist noch nicht diese nachkapitalistische Gesellschaft selbst, aber ein Moment des Übergangs. Ich bin überzeugt – und es existieren keinerlei historische Erfahrungen, die einen anderen Schluss zulassen –, dass wir noch lange mit Markt und Geld leben werden. Entscheidend ist jedoch, dass die Arbeitskraft und damit der Mensch selbst, den Warenstatus verliert.⁷ Dass das Grundeinkommen erst mal die Existenz der herrschenden Formen voraussetzt und damit prinzipiell vereinbar ist, ist kein Mangel, sondern eine Bedingung für die Möglichkeit seiner Realisation. Wenn wir vom Bedürfnis aus denken, so realisiert das Grundeinkommen keineswegs nur eine allgemeine soziale Absicherung, sondern die Perspektive auf Selbstbestimmung und Autonomie in der Arbeitswelt. Darin besteht die eigentliche Bedeutung des Grundeinkommens.

Die Teilhabe an gesellschaftlich anerkannter Arbeit und das Grundeinkommen

Ein Teil unserer KritikerInnen meint, bei der Frage der Teilhabe an gesellschaftlich anerkannter Arbeit gute Karten zu besitzen. Ihre diesbezügliche Argumentation lässt sich in etwa folgendermaßen zusammenfassen: Trotz aller Defizite stelle die Teilhabe an der Form der gesellschaftlich anerkannten Arbeit eine unabdingbare Notwendigkeit für den Menschen dar. Eine emanzipatorische Orientierung dürfe die Perspektive auf das Recht für Arbeit für alle nicht aufgeben. Diese Orientierung wurde unter anderem sehr aggressiv von Rainer Roth in seinem Essay „Zur Kritik des Bedingungslosen Grundeinkommens“⁸ formuliert. Weitaus differenzierter und ohne Polemik gegen das Grundeinkommen findet sich diese Auffassung im Buch „Welt ist Arbeit“, von Gerd Peter und Frieder O. Wolf verfasst. Diese Autoren anerkennen die Forderung nach dem Grundeinkommen durchaus, halten jedoch eine andere Strategie für zielführender: „Ebenso nötig – und von noch größerer strategischer Bedeutung [als das Grundeinkommen – K.R.] – ist aber auch eine neue Arbeitspolitik, in deren Zentrum eine Neubestimmung des ‚Rechts auf Arbeit‘ steht – als Teilhabe am ‚Ganzen der Arbeit‘, als Zugang zu existenzsichernder und menschenwürdiger Erwerbsarbeit und als Absicherung von Übergängen im Erwerbsleben oder zwischen Lebensphasen gegen Ausschließungseffekte.“⁹ Und an anderer Stelle heißt es: „Dieses Plädoyer dafür, das ‚Recht auf Arbeit‘ nicht zu verabschieden, sondern durch eine Neubestimmung des Vollbeschäftigungsziels zu einer tragenden Säule der neuen Arbeitspolitik zu machen, sollte nicht dahingehend missverstanden werden, dass Forderungen aus der Linie des ‚Rechts auf Versorgung‘ deswegen fallen gelassen werden sollten.“¹⁰ Im Gegensatz zu Rainer Roth akzeptieren die Autoren die Perspektive auf das Grundeinkommen durchaus, fokussieren jedoch auf die Durchsetzung der Vollbeschäftigung.

Wenn wir diese Thematik in den Mittelpunkt rücken, überwinden wir eine bloß additive Argumentationskette und kommen zum Kern der Sache. Stellen wir uns diesen Überlegungen. Zuvor sei jedoch vor einer Falle gewarnt, in die wir nicht tapen wollen. Ein Teil der BefürworterInnen des Grundeinkommens hat in der Vergangenheit meiner Auffassung nach den Fehler begangen, sich positiv auf jene These zu beziehen, die unter anderem prominent von Jeremy Rifkin in seinem Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ vertreten wurde. Rifkin argumentiert mit der steigenden Produktivkraft der Arbeit. Davon ausgehend prognostiziert Rifkin, dass der Gesellschaft objektiv die Lohnarbeit ausgeht. Wenn immer weniger Menschen nötig sind, um in derselben Produktionszeit immer mehr Güter herzustellen, müsse die Nachfrage nach Arbeitskraft sinken. Diese Überlegung besitzt zweifellos einen richtigen Kern, ist jedoch viel zu linear gedacht. Die Dynamik der kapitalistischen Produktion wird ja nicht durch das Bedürfnis nach Gebrauchswerten angetrieben, sondern durch die Maximierung des Profits. Die Produktion von Gütern orientiert sich an der zahlungsfähigen Nachfrage, diese wiederum wird durch das Einkommen der verschiedenen Klassen geregelt, nicht durch ein fixes Bedürfnis nach einer fixen Gütermenge. Zudem bleibt der Wertausstoß durch die Steigerung der Produktivkraft unberührt – mehr Produkte in derselben Zeit herzustellen verteilt den neu geschaffenen Wert bloß auf mehr Güter. Das heißt, mit derselben Geldmenge können schlichtweg mehr Güter erworben werden. Zudem: Wird Lohnarbeit durch hohe Arbeitslosigkeit billiger, kann sie in neuen Sektoren nachgefragt werden. Wohl ist es korrekt, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie in Europa deutlich gesunken ist. In den USA war dieser Trend weitaus schwächer ausgeprägt. Daher ist es kein Zufall, dass sich die These von Rifkin auch empirisch nicht belegen lässt. Die absolute Zahl an Erwerbstätigen steigt schwach, aber doch ständig. Durch die zugleich steigende Bevölkerungszahl bleibt zwar die Erwerbslosenrate konstant, doch weder die Erwerbsquote noch die absolute Anzahl von Arbeitskräften sinken. Ich räume gerne ein, dass Statistiken keineswegs so eindeutig und aussagekräftig sind, wie es erscheinen mag. So werden Menschen als Erwerbstätige erfasst, die nur wenige Stunden in der Woche beschäftigt sind. Andererseits müssen wir auf das Phänomen verweisen, dass jene, die einen gut bezahlten und interessanten Job haben, de facto zu oftmals unbezahlten Überstunden gezwungen sind, die nur teilweise in Statistiken aufscheinen.¹¹ In Summe können wir feststellen, dass jener von Rifkin prognostizierte Trend keineswegs eingetroffen ist, ein signifikantes und lineares Absinken von Erwerbsbeschäftigung, sowohl gemessen an der Personenzahl als auch an den geleisteten Arbeitsstunden, ist nicht in Sicht. Wir können somit schlussfolgern: Unter der Dominanz des Kapitalverhältnisses setzt die steigende Produktivität der Arbeit keineswegs durchgehend und irreversibel die Arbeitskraft frei. Wir sollten uns davor hüten, daher eine permanent steigende Arbeitslosenrate zu prognostizieren, um damit das Grundeinkommen zu begründen. Wohl verkleinert sich jenes „Reich der Notwendigkeit“ (Marx) objektiv, die mögliche radikale Reduktion der Arbeitszeit erfordert

jedoch die Überwindung des Kapitalverhältnisses selbst. Unter den herrschenden Bedingungen führt die Steigerung der Arbeitsproduktivität keineswegs zur Verkürzung, sondern im Gegenteil zur Verlängerung der Arbeitszeiten.

Die Bedeutung der Arbeit für unsere soziale Existenz

Wir leugnen keineswegs die Bedeutung der Arbeit für die soziale Existenz. Frieder O. Wolf, den ich sozusagen stellvertretend für eine bestimmte Strömung in der Linken zitiere (schon deshalb, da er auf haltlose Polemiken gegen das Grundeinkommen verzichtet), setzt, wie angeführt, auf das Projekt der Vollbeschäftigung. Wenn Menschen Arbeit für ihre soziale Existenz benötigen, müsse sie auch gefordert werden, so verstehe ich sein Kalkül. Es wäre nun absonderlich, dem Autor zu unterstellen, er wäre für die Defizite der Lohnarbeit blind. Lohn- und Erwerbsarbeit ist im Wesen immer fremdbestimmte Arbeit. Als entfremdete Arbeit kann sie nicht zum ersten Lebensbedürfnis werden, wie es Marx für ein freies Gemeinwesen antizipiert. Aber doch: Arbeit hat transzendierende Momente, jeder Arbeitsprozess besitzt Qualitäten, die nicht mit der jeweiligen gesellschaftlichen Form zusammenfallen. Auf diesem Gedanken ruhten die gesamten Hoffnungen von Marx, der Kapitalismus würde – wenn auch in entfremdeter und verborgener Form – die gesellschaftlichen Potenzen des Menschen durch den Arbeitsprozess historisch entwickeln. Ich interpretiere daher die Forderung nach Vollbeschäftigung bei Frieder O. Wolf nicht als letztes Ziel, sondern als Zwischentappe für eine letzte Überwindung der kapitalistischen Form der Arbeit. Ich versuche also, das Argument pro Vollbeschäftigung so stark wie möglich zu machen: Das Ziel der freien, selbstbestimmten Tätigkeit muss durch die Etappe der Lohnarbeit hindurch errungen werden. Wir merken, so ganz überzeugt uns diese Konstruktion nicht, aber gehen wir schrittweise vor.

Eine falsche Abkürzung wollen wir vermeiden. Aktuell findet in einigen linken Kreisen die Arbeitskritik einigen Anklang. Im Kern beruht sie auf der Unterscheidung zwischen Tätigkeit und Arbeit. Arbeit, so werden wir informiert, sei ein Spezifikum der kapitalistischen Gesellschaft. Das Lob der Arbeit müsse als permanente ideologische Zurichtung auf das Kapitalverhältnis dechiffriert werden. Ihr gegenüber sei die freie Tätigkeit als das ganz Andere der Arbeit zu setzen. Die Überwindung des Kapitalismus müsse also mit der Arbeitskritik beginnen. Mich hat diese marxistisierende Version der Arbeitskritik Hannah Arendts nie überzeugt. Zu gekünstelt, zu willkürlich ist die Unterscheidung von Arbeit und Tätigkeit konzipiert. Jene Faktoren, die auf die Produktivkraft der Arbeit einwirken, bestimmen auch die Produktivkraft einer freien Tätigkeit. Wir werden die Produktivkraft wohl anders einsetzen, aber im Prinzip keine andere. Ich habe in meinem soeben erscheinenden Buch „Prozesse der Befreiung. Marx, Spinoza und die Bedingungen eines freien Gemeinwesens“¹² zwischen der Dimension der Produktivkraft und der Dimension der Freiheit/Gezwungenheit unterschieden. Eine Grundthese lautet, dass der Kapitalismus die Produktivkraft der Arbeit unter dem Vorzeichen der Fremdbestimmung und Gezwungenheit entwickelt. Autonomie kann kein Aspekt der gesellschaftlichen Arbeit im Kapitalismus sein. Würde das Kapital diese Dimension zulassen, würde es sich selbst in Frage stellen. Diese letzte Aussage stellt bloß eine Neuformulierung des oftmals zitierten, aber ebenso oftmals völlig missverstandenen Gegensatzes von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften dar. Erst in einem freien Gemeinwesen kann das individuelle Bedürfnis zum Leitprinzip der Arbeit werden. Insofern ist von einem Gegensatz zwischen (Lohn-)Arbeit und freier Tätigkeit auszugehen, aber dieser Gegensatz impliziert keineswegs jene absolute Andersartigkeit, wie die Arbeitskritik unterstellt. Das bedeutet wiederum nicht, dass den Arbeitenden keine Kompetenzen eingeräumt werden müssen. Wir haben es realistisch mit einer Bandbreite von Verhältnissen zu tun, die von übelst entlohnter 80-Stunden-Woche¹³ in den Weltmarktfabriken bis zu recht respektablen Tätigkeiten reicht.

Wir können somit folgenden Gegensatz festhalten: Einerseits ist die gesellschaftlich herrschende Form der Arbeit unabdingbar mit Fremdbestimmung und Heteronomie verbunden. Andererseits kann das Bedürfnis nach gesellschaftlich anerkannter Tätigkeit nicht ignoriert werden. Warum bietet uns nun die Lohnarbeit, auch als Vollbeschäftigung, keine Perspektive? In der Lohnarbeit verkehrt sich alles. Wie sehr auch gearbeitet wird, wie intensiv, aktiv und systematisch auch immer, die soziale Lage der Massen verändert sich dadurch nicht. Im Gegenteil, wie in einem Hamsterrad bleiben die zur Lohnarbeit Gezwungenen gerade durch ihre Arbeit in ihrer gegebenen sozialen Existenzsituation kleben. Die Hamsterradsituation ist ein objektives Faktum, unabhängig davon, ob sich bestimmte Schichten teilweise wohl und zufrieden bei ihrer Arbeitstätigkeit fühlen. Der produzierte Reichtum geht in das Eigentum des Kapitals über. So produziert die Lohnarbeit selbst die sachlichen Mittel, mit denen der Zwang zur Lohnarbeit und ihr fremdbestimmter Charakter gesellschaftlich gefestigt und durchgesetzt werden. Lohnarbeit zu fordern bedeutet, ihre Verewigung zu fordern. Wir können sie unter anderem auch deshalb nicht fordern, weil Lohnarbeit sich für das Kapital immer rechnen muss, das heißt, Lohnarbeit zu fordern bedeutet, sich dem Streben nach Profit unterzuordnen.¹⁴ Mit der Übernahme der Profitlogik haben wir den Standpunkt der Befreiung und Selbstbestimmung endgültig verlassen. Andererseits, wie gehen wir mit dem Bedürfnis nach gesellschaftlich anerkannter Tätigkeit um? Dem Vorschlag Frieder O. Wolfs kommt etwas bestechend Pragmatisches zu. Solange wir freie Tätigkeit nicht realisiert haben, müssen wir uns an den herrschenden gesellschaftlichen Formen orientieren – so oder ähnlich wäre zu argumentieren. Kann ein Leben jenseits der gesellschaftlichen Arbeit eine soziale Perspektive darstellen? Können wir das Bedürfnis nach gesellschaftlich anerkannter Tätigkeit schlichtweg ignorieren? Der größte Fehler – sollen wir wirklich von Fehler sprechen, oder in manchen Fällen nicht von bössartiger Verleumdung? – der linken KritikerInnen des Grundeinkommens besteht in der permanenten Verkennung des Zusammenhangs von Grundeinkommen und

dem Bedürfnis nach selbstbestimmter Tätigkeit. Gerade wenn wir dieses Bedürfnis in den Mittelpunkt unserer Überlegungen rücken, gerade dann erscheint das Grundeinkommen ohne Alternative. Dies zeigt auch ein Blick auf die historische Entwicklung.

Ein kurzer historischer Abriss der erloschenen Versprechen

Überlegen wir, welche Versprechen oder Angebote in den letzten Jahrzehnten bezüglich der Erwerbsarbeit existierten. Ich spreche nun primär von den europäischen Verhältnissen, obwohl diese Versprechen keineswegs auf diesen geographischen Raum beschränkt waren. Was ich mit Versprechen oder Angeboten meine, wird sofort klar, wenn ich jene drei Formen darstelle, die sich meiner Auffassung nach unterscheiden lassen.

Die erste, inzwischen versunkene Form prägte den so genannten realen Sozialismus von der Russischen Revolution bis in die 50er Jahre hinein. In China galt sie höchstwahrscheinlich bis in die 70er Jahre hinein. In diesem Versprechen wird die individuelle Arbeit der Einzelnen mit dem Aufbau des Sozialismus und der Schaffung eines neuen Menschen verbunden. Die individuelle Arbeitstätigkeit wurde als Teilhabe an einem welthistorischen Projekt interpretiert und sollte daraus ihren Sinn und ihre Bedeutung erlangen. Schon lange vor 1989, dem Jahr, in dem der osteuropäische reale Sozialismus implodierte, wurde dieses Versprechen aufgegeben und durch die zweite Form ersetzt, die ich das fordistisch-sozialstaatliche Versprechen nennen möchte. Insbesondere die Gespräche mit Gáspár Miklós Tamás haben mich darüber informiert, dass der Anspruch, durch Arbeit neue Gesellschaft aufzubauen, bereits lange vor der Implosion des realen Sozialismus aufgegeben wurde. Ich erwähne diese Form des Versprechens auch nur der Vollständigkeit halber. Soweit ich sehe, wird sie nirgendwo mehr aktiv und systematisch vertreten. Und wenn, so hat sie doch für den Rest der Welt kaum Bedeutung.

Der zweite Typus des Versprechens hatte jahrzehntelang überragende Bedeutung und prägt insbesondere im sozialdemokratischen und staatstragenden gewerkschaftlichen Milieu bis heute die Hoffnungen linker Kreise. Ich nenne es das fordistisch-sozialstaatliche Versprechen. Gesellschaftlich wirksam und real war es in unseren Breiten grob gesagt in den 50er bis in die 70er Jahre. Es war ein selektives Versprechen, primär an die männliche, einheimische Arbeiterschaft gerichtet. Es beruhte auf de facto Vollbeschäftigung, steigenden Löhnen, einem stabilen Sozialstaat und einer sinkenden Arbeitszeit. Wir können es in etwa folgendermaßen zusammenfassen:

Wenn du fleißig und ordentlich arbeitest, hast du Anteil am wachsenden Wohlstand und an stabilisierter sozialer Sicherheit. Die Arbeit mag vielleicht manches Mal etwas monoton und bürokratisch organisiert erscheinen, aber der Arbeitsschluss kommt exakt mit dem Pfiff der Fabriksirene, und einem freien Wochenende mit Unterhaltung und Konsum steht nichts im Wege. Du verdienst so viel, dass deine Frau sich um den Haushalt kümmern kann und deine Kinder sogar die Hochschule besuchen können, obwohl du nur ein einfacher Arbeiter bist.

Zweifellos entsprach dieses imaginäre Selbstbild des fordistischen Versprechens nicht unmittelbar den Tatsachen. Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen mussten teilweise hart erkämpft werden. Die soziale Durchlässigkeit stellte sich in den europäischen Ländern unterschiedlich dar. Für mehrere Jahrzehnte nahm die Gesellschaft in Deutschland und in Österreich einen tendenziell offenen Charakter an. In Frankreich rekurrierte die Elite ihren Nachwuchs auch in dieser Phase primär aus den eigenen Reihen. Insgesamt kann das Angebot an das Individuum bezüglich seines Arbeitslebens als realistisch bezeichnet werden. Dieses Versprechen beruhte auf einem einzigartigen ökonomischen Nachkriegsboom sowie der damals offenen Systemkonkurrenz zwischen dem Westen und dem so genannten realen Sozialismus. Wie immer wir die Voraussetzungen gewichten, in jedem Falle endete es um die Mitte der 70er Jahre.

Ab Mitte der 70er Jahre folgte auf das fordistische Paradigma das neoliberale Versprechen, welches alle Aspekte der gesellschaftlichen Arbeit umcodierte. Die Gründe für diese Wende werden unterschiedlich interpretiert. Grob lassen sich zwei Auffassungen unterscheiden. Die erste Auffassung verknüpft das neoliberale Versprechen mit der 68er-Bewegung. Zwar in verstellter und verzerrter Form ginge es nun um die Verwirklichung der emanzipatorischen Impulse der wohl wichtigsten revolutionären Bewegung seit der Russischen Revolution. Das Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Authentizität der 68er-Revolution sei in den neuen Strukturen im Arbeitsleben verwirklicht worden. Insbesondere Luc Boltanski und Ève Chiapello vertraten in ihrem Buch „Der neue Geist des Kapitalismus“¹⁵ die These, nach 1975 wäre es zu einem von vielen Seiten akzeptierten Abtausch sozialer Sicherheit gegen mehr Autonomie und Freiheit am Arbeitsplatz gekommen. Das neue neoliberale Versprechen habe also emanzipatorische Impulse aufgenommen, wenn auch in einer dem Kapital genehmen und domestizierten Form. Ähnlich argumentierten auch Antonio Negri und Michael Hardt in ihrem vielbeachteten Werk „Empire“. Meine Sichtweise ist eine andere. Der Zusammengang von relativ hohen Löhnen, hohem Massenkonsum, hoher Produktivität, einem ausgebauten Sozialstaat und nicht zuletzt einer deutlich verkürzten Arbeitszeit stellte keine Perspektive für die Profitmaximierung mehr dar. Eine weitere Lohnsteigerung bei weiterer Arbeitszeitverkürzung und Aufrechterhaltung des Sozialstaates drohte die Entwicklung der Profite nachhaltig zu gefährden. Aber das Kapital gab sich mit einem bloßen Stopp nicht zufrieden. Unter Führung von Thatcher und Reagan erkannte das Kapital seine Chance, die Position der arbeitenden Massen durch einen Zangenangriff auf allen Ebenen zu verschlechtern, um so der Steigerung der Profitrate neue Horizonte zu eröffnen. Die Neustrukturierung der Produktionsstätten, die Zerstreung des Produktionsprozesses in tatsächlich oder nur scheinbar unabhängige Einheiten zersplitterte homogene Belegschaften, die Ablöse zentraler, bürokratischer Steuerungsmechanismen durch echte oder simulierte

Marktmechanismen, die Forcierung neuer, prekärer Arbeitsformen, kurzum, durch die als postfordistisch bezeichnete Organisationsstruktur wurde gewerkschaftlich organisierte Macht unterlaufen und strukturell geschwächt. Die Entschlossenheit Thatchers, die zum Streik provozierten englischen Bergarbeiter mit allen Mitteln zu besiegen, die theoretische Offensive der neoliberalen Ökonomietheorie, durch ein willfähiges Nobelpreiskomitee unterstützt, der scheinbare Endsieg des Kapitalismus über den realen Sozialismus, die Ernüchterung angesichts der Entwicklung der antikolonialen Revolutionen; all diese Aspekte bündelten sich zu einem scheinbaren Triumph der kapitalistischen Ordnung. Unter diesem Vorzeichen erfolgte das neoliberale Versprechen, das sich in etwa folgendermaßen charakterisieren lässt:

Wir organisieren alles für deinen Erfolg. Wir räumen dir bürokratische Hindernisse ebenso aus dem Weg, wie wir von dir die Last nehmen, durch dein Steueraufkommen die Trittbrettfahrer und Unwilligen mit zu finanzieren. Wir bestrafen deinen Erfolg nicht mehr durch Steuerprogression, sondern die Früchte deiner Leistung bleiben dir vorbehalten. Wir eröffnen dir alle Freiräume, die du für deine Tätigkeit benötigst, wir setzen dir keine verkrusteten Hierarchien vor die Nase, die dich gängeln und einschränken. Du allein entscheidest. Allerdings – deine Leistung ist gefordert.

Im Gegensatz zum fordistischen Versprechen war der Realitätsgehalt des neoliberalen Versprechens immer schon weitaus geringer. Die Souveränität, die vorgeblich gegen die soziale Sicherheit eingetauscht wurde, entpuppte sich rasch als massiver Druck des Marktes. Die angeblichen Freiräume wurden unter einer Flut von Evaluierungen erstickt. Ich behaupte ohne Zögern, dass innerhalb der bürokratisch-administrativen Ordnung des Fordismus de facto mehr unsichtbare und unterschwellige Freiräume existierten als gegenwärtig. Tatsächlich werden immer mehr Arbeitsbereiche permanent durch Vorgaben, Evaluierungen und Zielsetzungen umgepflügt. Die Freiheiten und die Souveränität des unternehmerischen Selbst existieren nur im Diskurs über dieses Selbst, in der Realität hat der Anpassungsdruck massiv zugenommen.

Wie immer wir auch die Faktoren gewichten, die zur Ablöse des fordistischen Versprechens geführt haben, wie sehr wir auch auf Tendenzen hinweisen, dass in den späten 70er Jahren die Alternativen zur fixen 38-Stunden-Woche und zu einem durchgeregelten Arbeitstag tendenziell als Befreiung empfunden wurden, in jedem Fall ist das neoliberale Versprechen zerplatzt. Dass dieses Versprechen ein angenehmes und spannendes Arbeitsleben ermöglicht, dass es eine reale Möglichkeit für viele, wenn nicht für alle darstellt, die eigene Arbeit in ein gesellschaftliches Gefüge einzubinden, ist so oder so Geschichte. Nach nun bald dreißig Jahren Erfahrungen mit dem neoliberalen Versprechen ist offensichtlich, dass die ins Werk gesetzten Umwälzungen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse den Existenzdruck auf das Individuum, verglichen mit der Lebenssituation der 60er Jahre, klar und eindeutig verschärft haben. Das gilt sowohl für die Arbeitswelt als auch für den Bildungssektor; letztlich für alle gesellschaftlichen Bereiche.

Was ist nun an die Stelle dieser beiden konkurrierenden Modelle getreten? Wenn wir sowohl die tatsächlichen Verhältnisse, die Aussagen und Verlautbarungen, selbst wenn wir die Schönreden der Politik, als auch die Mahnungen und Vorschläge diverser mit der sozialen Herrschaft verknüpften Forschungsinstitutionen oder so genannter Experten in Betracht ziehen, so ist die Bilanz ernüchternd. Tatsächlich wird mehr oder weniger ungeschminkt darauf verwiesen, dass wir alle – sprich: die Massen – in Zukunft mehr für weniger Geld arbeiten müssen, dass die Sozialleistungen eingefroren oder gesenkt werden, dass die Zugänge zum Bildungssektor in keinem Falle erleichtert und die Kosten für unsere medizinische Betreuung sicher nicht sinken werden. Ein neues Versprechen, das positive Signale beinhaltet, ist nicht in Sicht. Weder auf der Ebene des materiellen Einkommens noch auf jener der sozialen Sicherheit und auch nicht in der Dimension der Selbstbestimmung und Authentizität wird dem Individuum eine Verbesserung seiner Lage durch und in der Arbeit signalisiert. Der Kapitalismus hat den Menschen (nicht nur) bezüglich ihres Arbeitslebens nichts mehr anzubieten. Was bleibt, ist die Hoffnung, dass sich die Verhältnisse nicht dramatisch verschlechtern und dass unsere Lebenssituation in Europa im Durchschnitt noch immer weitaus besser ist als in vielen anderen Teilen der Welt. An die Stelle positiver Anreize, wie imaginär und unreal auch immer, tritt der systematische aktivierende Zugriff auf die Arbeitskraft. Die Agenturen des *Workfare*-Staates untersuchen, klassifizieren, durchleuchten und schulen die Erwerbsarbeitslosen hinsichtlich jeder nur denkbaren Verwertbarkeit. Die Einfügung in den Lohnarbeitsprozess wird selbst zum Privileg und dementsprechend erwarten die Institutionen des *Workfare*-Staates auch Mitarbeit und Dankbarkeit. Wer aktuell doch nicht gebraucht wird, den trifft der Klassenhass der Herrschenden, paradigmatisch an den Reaktionen Sarkozys angesichts der Rebellion in den Banlieues¹⁶ oder an den Ausfällen von Sarrazin gegen die Hartz-IV-Berechtigten abzulesen.

Eine umfassende und allgemeine Perspektive für das Arbeitsleben ist dringender denn je. Die gegenwärtigen sozialen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse lassen es nicht zu, dass die hegemonialen herrschenden Mächte ein neues positives Versprechen entwickeln. Das Stichwort lautet Krise, und Krise meint: Wir „alle“ – sprich die Massen – müssen sie bezahlen. Der zunehmende Druck innerhalb und außerhalb der Arbeitssphäre ist für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verhältnisse das Gebot der Stunde. Eine neue Perspektive auf die gesellschaftliche Arbeit kann nicht mehr aus den herrschenden Verhältnissen selbst erwachsen. Ich halte es für keinen Zufall, dass der bescheidene Siegeszug der Grundeinkommensforderung mit dem Ende des letzten, neoliberalen Versprechens zusammenfällt. Sobald in den 80er Jahren klar wurde, dass von Authentizität, Selbstbestimmung und freier Entfaltung im Erwerbsarbeitsleben, ausgenommen für neue, schmale Eliten, keine Rede sein konnte, gewann die Perspektive auf das Grundeinkommen an Boden.

Das Grundeinkommen formuliert eine neue gesellschaftlich gültige Perspektive auf die eigene Arbeitstätigkeit. Nicht zufällig lautete das Motto des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses 2005 in Wien „In Freiheit tätig sein“. Das Grundeinkommen verspricht keine Reichtümer, aber sehr wohl soziale Sicherheit und – dies erscheint mir aktuell mindestens so entscheidend – Autonomie und Selbstbestimmung. Alle könnten dank des Grundeinkommens jene Tätigkeit wählen, die sie ausüben wünschen. Alle könnten zumindest tendenzielle Autonomie gewinnen, um die Bedingungen und die zeitliche Ordnung ihrer Arbeit selbst zu bestimmen. Wir sind keine Hellseher, viele Fragen sind offen und können ohne Erfahrung mit einem tatsächlich realisierten Grundeinkommen nicht beantwortet werden. Aber einen ganz wichtigen Aspekt können wir jetzt bereits festhalten: Das Grundeinkommen stellt eine gesellschaftliche Institution dar, die der Tätigkeit der Menschen wieder eine gesellschaftliche Perspektive verleiht. Und so können wir das Versprechen des Grundeinkommens folgendermaßen formulieren:

Wenn du arbeitest, egal ob innerhalb oder außerhalb des offiziellen Erwerbssektors, ist auch deine Tätigkeit ein Beitrag zur Aufrechterhaltung jenes Grundeinkommens, welches dir erlaubt, über deine Tätigkeit, deine Zeit und deine Lebensgestaltung mehr oder minder frei zu entscheiden. Da das Grundeinkommen für alle gilt, sind auch alle anderen vom Kampf um das Dasein entlastet. Dies eröffnet dir die Möglichkeit solidarischer sozialer Beziehungen, seien sie ökonomischer oder nichtökonomischer Art.

Zu diesem Versprechen existiert keine Alternative.

Das Grundeinkommen ist primär kein Mittel der Armutsvermeidung, kein Mechanismus, der am Konsum ansetzt, wie es geistlose Kritik formulierte. Es greift exakt jene Fragen auf, von denen so manche KritikerInnen meinen, sie wären ihr Monopol, und beantwortet sie auf der Höhe der Zeit: Wie kann eine Perspektive auf die gesellschaftlich anerkannte Arbeit entwickelt werden, die niemanden ausschließt und nicht auf exklusive oder gar elitäre Kreise beschränkt bleibt? Durch das bedingungslose, garantierte Grundeinkommen.

Anmerkungen

1 <http://www.attac.at/bge.html>